

Ein erster Schritt

Die diesjährigen Assises de la coopération haben sich mit dem Thema Politikkohärenz beschäftigt.

Vom 13. bis zum 15. September 2010 fanden die *Assises de la coopération* statt, ein dreitägiges Seminar, bei dem sich alljährlich sämtliche Akteure der luxemburgischen Entwicklungszusammenarbeit versammeln, um über aktuelle Themen zu debattieren. Die diesjährige Ausgabe stand im Zeichen der Politikkohärenz und bot spannende Diskussionen ohne nennenswerte Ergebnisse.

Marc Keup

Bei der „Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung“ geht es darum, negative Wechselwirkungen zwischen verschiedenen Politikfeldern und der Kooperationspolitik zu minimieren. Es soll vermieden werden, dass ärmere Staaten durch Aktionen beispielsweise in der Energie-, der Agrar- oder der Migrationspolitik zu Schaden kommen und man so mit der einen Hand wegnimmt, was man mit der anderen gegeben hat. Als Paradebeispiel für inkohärente Politik könnte man die Handelspolitik anführen: Während zahlreiche Entwicklungsprojekte die Kleinbauern in Afrika fördern, zerstören von der Europäischen Union subventionierte Agrarexporte ihre lokalen Märkte und machen dadurch jeglichen Fortschritt unmöglich.

Doch auch auf nationaler Ebene gilt es solche Inkohärenzen zu vermeiden. Und dass Luxemburg in diesem Bereich noch reichlich Nachholbedarf hat, wird nicht nur regelmäßig von den hiesigen Nichtregierungsorganisationen (NRO) angeprangert, sondern auch von internationalen Organisationen, wie etwa dem DAC (Development Assistance Committee) der OECD. Im Sommer 2010 hat dessen Vorsitzende, Eckhard Deutscher, das Großherzogtum besucht und der luxemburgischen Kooperationspolitik eine überaus positive Note erteilt. Einer der wenigen Kritikpunkte, die Eckhard Deutscher in seinem abschließenden Bericht nennt, ist das mangelnde Bestreben nach mehr Politikkohärenz.

Die Assises im Zeichen der Politikkohärenz

Demnach war es nur folgerichtig, dieses Thema auf die Agenda der *Assises de la coopération* zu heben. Vier Rundtischgespräche sollten vier verschiedene Themenfelder abdecken: Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Handel, Klimapolitik, regionale Integration und Sicherheitspolitik. Die Leitfäden, die die jeweiligen Moderatoren der Debatten vom Ministerium erhielten, offenbarten bereits im Vorfeld, dass die Veranstalter einen konsensuellen Zugang zum Thema Politikkohärenz gewählt hatten. Anstatt jene politischen Entscheidungen anzusprechen, die negative Auswirkungen auf die ärmeren Länder haben, wollte man vor allem darüber diskutieren, wie andere Politikbereiche die Entwicklungszusammenarbeit positiv unterstützen oder begleiten können.

So zielte das erste Podiumsgespräch vor allem auf eine verbesserte Koordination zwischen Wirtschafts- und Außenministerium ab, wann ein Partnerland der luxemburgischen Kooperation den Aufstieg geschafft hat und keiner Hilfe mehr bedarf. In diesem Fall sollte eine wirtschaftliche Zusammenarbeit an die Stelle der Entwicklungspartnerschaft treten. Des Weiteren unterhielt man sich über die entwicklungspolitisch äußerst umstrittene Praxis der „gebundenen Hilfe“, die darin besteht, die Vergabe

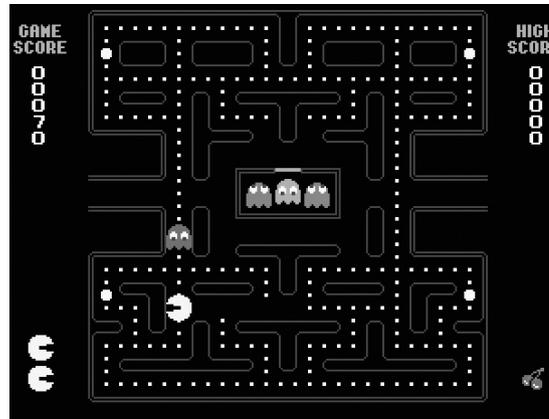
von Hilfsgeldern an den Ankauf von Waren aus dem Geberland zu binden. Im luxemburgischen Kontext ist diese Diskussion allerdings völlig irrelevant, da das Großherzogtum diese Art von Hilfe noch nie praktiziert hat und aller Voraussicht nach auch nie praktizieren wird.

Trotz dieser vorsichtigen Herangehensweise an das Thema blieb es nicht aus, dass die Inkohärenzen zwischen beiden Administrationen offen zum Vorschein kamen, was vor allem den kritischen Fragen der Moderatorin dieser Runde zu verdanken ist. Der Vertreter des Wirtschaftsministeriums widersprach der Kooperationsministerin Marie-Josée Jacobs bei der Vergabepolitik und machte unmissverständlich klar, dass die luxemburgischen Interessen über denen der Partnerländer stehen.

Offensichtlich wurde auch, dass die Direction de la coopération bei den Plänen von Wirtschaftsminister Jeanot Krecké, künftig eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Angola anzustreben, nicht eingebunden war, obwohl dieses Land zu den ärmsten dieser Erde zählt und sich daher eine entwicklungspolitische Analyse aufdrängen sollte. Sogar in Bezug auf die seit acht Jahren laufenden Verhandlungen zu den umstrittenen Handelsverträgen *Economic Partnership Agreements* (EPA) schien es keine gemeinsame Analyse zu geben.

Das Muster dieses ersten Rundtischgesprächs setzte sich auch bei der folgenden Diskussion fort. Bei dem Podiumsgespräch über Entwicklung und Klimawandel, an dem der zuständige Minister Claude Wiseler teilnahm, stand insbesondere eine Diskussion über die internationalen Klimaverhandlungen auf der Tagesordnung. Erst der engagierte Einsatz des ebenfalls an der Debatte teilnehmenden NRO-Vertreters brachte die Debatte auf die nationale Ebene zurück. Er kritisierte die mangelnde Bereitschaft der Regierung, die CO₂-Emissionen zu senken. Dies würde die Menschen in der südlichen Hemisphäre vor unlösbare Probleme stellen. Außerdem würden etliche Projekte, aus denen das Großherzogtum Emissionsrechte erwirbt, Armut schaffen und stünden somit im Gegensatz zu den erklärten Zielen der Kooperationspolitik. Schlussendlich ging er auf die positive Haltung der luxemburgischen Regierung hinsichtlich der Agrokraftstoffe ein: Würde die EU-Politik in diesem Bereich umgesetzt, würden voraussichtlich Millionen von Bauern in Entwicklungsländern von ihrem Land vertrieben. Diese Vorwürfe konnten von den Regierungsvertretern kaum entkräftet werden.

Die Rundtischgespräche über die regionale Integration und über die Schnittstelle zwischen Sicherheit und Entwicklung liefen ungleich harmonischer ab.



Die diesbezüglichen Diskussionen waren durchaus interessant, hatten in Hinsicht auf die Politikkohärenz jedoch nur begrenzte Relevanz. Andere Politikbereiche hätten sicherlich mehr Beachtung verdient, wie zum Beispiel die Agrar-, die Finanz- oder die Migrationspolitik. Daneben wäre es auch sinnvoll gewesen über strukturelle Fragen zu sprechen. Welche institutionellen Strukturen braucht das Großherzogtum, um bestehende Inkohärenzen zu beseitigen und zukünftige zu vermeiden? Diese Frage wurde nicht gestellt.

Ein wichtiger erster Schritt

Trotz des etwas zaghaften Umgangs mit dem Thema haben die diesjährigen *Assises* ein wichtiges Zeichen gesetzt: Die Politikkohärenz wurde erstmals öffentlich diskutiert. Insbesondere der Ansatz, andere Ministerien in die Gespräche einzubinden, kann als ein sinnvoller und innovativer Schritt gewertet werden. Der Impuls zu einer intensiveren Behandlung dieses Themas kann und muss von der Entwicklungministerin ausgehen – ohne eine aktive Mitwirkung der anderen Ministerien werden längst fällige Fortschritte aber nur schwer zu erzielen sein. Zwei Elemente scheinen in dieser Hinsicht unabdingbar: Die höchste politische Ebene muss klarstellen, welche Priorität sie der Politikkohärenz in Zukunft einräumen will und die Sensibilität der Beamten in den verschiedenen Administrationen bezüglich dieser Problematik muss gestärkt werden.

Der Vorsitzende des DAC, Eckhard Deutscher, hat im Zusammenhang mit der Politikkohärenz übrigens einen interessanten Vorschlag gemacht: Die luxemburgische Regierung solle doch Studien über den Impact ihrer Politiken auf die Entwicklungsländer anfertigen lassen. Solche Studien, von unabhängiger Stelle mit der notwendigen Tiefe erstellt, könnten wichtige Wegweiser für zukünftige politische Entscheidungen sein. ♦

Die höchste politische Ebene muss klarstellen, welche politische Priorität sie der Politikkohärenz in Zukunft einräumen will.
